Regierungsforschung.de
Das wissenschaftliche Online-Magazin
der NRW School of Governance

Gordian Ezazi

Ethik im politischen Alltag.

Eine politikwissenschaftliche Betrachtung.

10. Mai 2013

NRW School of Governance
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Redaktion
Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Wissenschaftliche Koordination
Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

Sekretariat
Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift
Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706
Fax +49 (0) 203 / 379 – 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

Ethik im politischen Alltag.

Eine politikwissenschaftliche Betrachtung.

Von Gordian Ezazi[1]

Keine politische Debatte, kein Austausch politischer Argumente ohne den Verweis oder den Rekurs auf die Ethik. Doch was hat es mit dieser Ethik im Raum des Politischen auf sich? Was meint Ethik in diesem Kontext und wie tritt selbige Ethik „politisch" in Erscheinung? Wie sollte das Fach der Politikwissenschaft ethische Fragen und den Rekurs der handelnden Politik auf Ethikkommissionen thematisieren? Ein kritischer Ausblick.

Die Endlagersuche als Wahlkampfthema

Noch bevor der Landtag des Bundeslandes Niedersachsen sich konstituiert und Stephan Weil zum Ministerpräsidenten gewählt hatte, ließ dieser in einem Gastkommentar für die „Bild am Sonntag" proklamieren: „Nach all den Fehlern in der Atommülldebatte muss es jetzt einen Neustart für eine transparente Suche geben. Wir brauchen eine nationale Ethikkommission, die den Weg zu einem wirklich sicheren Endlagergesetz bereitet." (Weil 2013).

Seit je her treibt die Debatte um den Umgang mit und die Endlagerung des Atommülls die niedersächsischen (und nicht nur diese) Gemüter um. Der Salzstock im ostniedersächsischen Gorleben wurde in den 70er-Jahren zum Endlager für radioaktiven Abfall auserkoren. Auch ein zehnjähriges Moratorium, das im Jahr 2000 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen wurde, schuf keine Klarheit darüber, ob Gorleben (aus sicherheitstechnischer Perspektive) als Endlager tauglich ist.

Die Endlager-Frage spielte eine nicht unerhebliche Rolle im niedersächsischen Wahlkampf und dem TV-Duell zwischen dem amtierenden Ministerpräsidenten David McAllister (CDU) und seinem Opponenten Stephan Weil (SPD). Das Thema Gorleben war also ein wichtiges, wenngleich sich die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien und Kandidaten in Grenzen hielten. Die Forderung nach der (bundesweiten) Suche eines neuen Atommüllendlagers, heizte Stephan Weil zusätzlich an, in dem er Gorleben von diesem Prozess a priori ausschließen wollte. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive erscheint es wenig anmaßend, zu behaupten, dass Wahlprogramme Themenschwerpunkte konturieren und zuspitzen; sie dienen ferner der innerparteilichen Konfliktschlichtung, etwa in dem sie Maximalforderungen formulieren (siehe hierzu Treibel 2010). Folglich mag die Tatsache nur wenig verwundern, dass Stephan Weil kurz vor der

1 Gordian Ezazi ist Doktorand an der NRW School of Governance. In seiner Dissertation, die die Welker-Stiftung mit einem Stipendium fördert, beschäftigt er sich mit dem Verhältnis von Bioethik und parlamentarischer Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind das Verhältnis von Bioethik und Politik, Angewandte Ethik sowie Moderne Demokratietheorien.

Amtsübernahme zu der Einsicht gelangte, dass ein neues Standortauswahlverfahren auch Gorleben implizieren müsse.

Ethikkommissionen und Bereichsethiken

Was meint aber Stephan Weil, wenn er von einer „nationalen Ethikkommission" schreibt? Worin unterscheidet sich eine Ethikkommission von einer ‚normalen' Experten-Kommission? Noch gewichtiger erscheint die Frage, warum diese politische Frage, wie eine ethische behandelt werden sollte und was genau das bedeutet? Warum sollte die Suche nach einem Endlager, welche zuvor über Jahrzehnte hinweg entlang wissenschaftlicher Fragen (bspw. der Sicherheit des Standortes) zu befrieden versucht wurde, nunmehr von einer Ethikkommission auf Basis ethischer Reflektionen erfolgen?

Unterschiedliche Argumente und Entscheidungslogiken spielen bei der Beantwortung der Endlagerfrage – insofern diese Frage überhaupt abschließend zu beantworten wäre (vgl. Drieschner 2013: 10) – eine Rolle, ethische hingegen weniger.

Vielmehr stellt die Endlagerung ein typisches Beispiel für die Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern dar. Dass dieses Problem ohne die Zusammenarbeit beider Ebenen nicht gelöst werden kann, kommt auch in der am 9. April 2013 beschlossenen Gründung einer 24-köpfigen Bund-Länder-Kommission zum Ausdruck (vgl. BMU 2013). Die Bund-Länder-Kommission soll bis zum Ende des Jahres 2015 Vorschläge für ein Standortauswahlverfahren unterbreiten. Es gelte, so der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) das Prinzip der weißen Landkarte: Gorleben solle also wie jeder andere potentielle Standort behandelt werden, kein Bundesland und Standort ausgeschlossen werden (vgl. Ruf 2013).

Dennoch scheint Stephan Weil mit dem Ruf nach einer „nationalen Ethikkommission" einen Nerv getroffen zu haben. Ob intendiert oder nicht, spiegelt sich in seinen wenigen, via Bild-Zeitung publizierten Zeilen, eine gemeinhin geteilte Sehnsucht nach ethischer Reflexion und Orientierung wider. Im Bereich der Wissenschaft beschäftigten sich nicht mehr nur Moralphilosophen beziehungsweise Angewandte Ethiker qua ihrer akademischen Profession mit der Reflexion moralischer Normen und Handlungen, vulgo der Ethik. In immer mehr gesellschaftlichen Teilbereichen stellen sich eine Vielzahl von „gegenwartsdringlichen Fragen" (Fenner 2010: 1), die das richtige Handeln – und somit den Hauptgegenstand der Philosophischen Ethik – thematisieren. Dieser gesteigerte Bedarf nach ethischer Reflexion und Orientierung wird auch durch einen Praxisbezug der Ethik deutlich, der sich wiederum namenstechnisch in der Disziplin niederschlägt: nunmehr ist von einer „Angewandten Ethik" die Rede, die sich durch unterschiedliche „Anwendungsbereiche" respektive „Bereichsethiken" oder „Bindestrich-Ethiken" konstituiert. Diese Untergliederung in unterschiedliche Bereichsethiken ist je nach Lehrbuch und Autor eine andere.

Ethische Fragen in der institutionellen Praxis

Doch auch außerhalb dieser akademischen Lehrstühle sind Fragen der Moral en vogue. Kaum ein Gesellschaftsbereich, in dem sich keine drängenden ethischen Fragen stellen würden; eine „Ethik der Finanzmärkte“[2] wird angemahnt und gelehrt. Im Raum der praktischen bzw. gesetzgebenden Politik führte und führt dies zu einer Institutionalisierung ethischer Expertise (vgl. Düwell 2008: 2). Diese Institutionalisierung zeitigte unterschiedliche Gremien und Kommission, wie zum Beispiel die 1984 unter der Leitung des ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda („Benda-Kommission“) gegründete Arbeitsgruppe „In-Vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie“ (vgl. Krippner/Pollmann 2004: 245). Diese Institutionalisierung ethischer Fragen wurde also besonders im Bereich der Bioethik vorangetrieben.

Im Bereich der Bioethik geht es – im wahrsten Sinne des Wortes – um existenzielle Fragen, vornehmlich also um Fragen, die sich durch die Innovationen und daraus resultierenden Anwendungsmöglichkeiten aus dem Bereich der Biomedizin und Life Science stellen.[3] Diese Debatten werden gesamtgesellschaftlich und unter großer medialer Beobachtung geführt. Die Politik wiederum reagiert – verkürzt wiedergegeben – insofern, als dass sie einen erhöhten Bedarf nach Expertise anmeldet, der sich wiederum in der angesprochenen Institutionalisierung ausdrückt. Darüber hinaus verändern sich auch parlamentarische Entscheidungsverfahren. Dies kommt durch andere, gegenüber den gemeinhin geltenden Usancen der Beratung und Abstimmung, im Gesetzgebungsprozess zur Geltung. So weicht das imperative Mandat, negativ konnotiert gerne als „Fraktionszwang“ bezeichnet, dem freien Abgeordnetenmandat. Fragen nach Leben und Tod seien Fragen des Gewissens. Als thematische Beispiele können hierfür die Debatte um die Präimplantationsdiagnostik,[4] die Neuregelung der Organspende oder die Beschneidung von Knaben[5] angeführt werden.

Für diese bioethischen Fragen wurde in Deutschland der Deutsche Ethikrat (vormals von 2001-2007 als Nationaler Ethikrat firmierend) etabliert, welcher – auf Grundlage des Ethikratgesetzes

[2] So ein gleichnamiger Forschungsschwerpunkt an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Frankfurt, abrufbar unter: http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/abteilungen/arbeitsstelle-wirtschaftsethik/arbeitsstelle-wirtschaftsethik/forschung/schwerpunkte.html (30.04.2013).

[3] Etwa darüber, ob ein Embryo ein menschliches Wesen ist, ob und ab wann diesem eine menschliche Würde zugestanden werden kann. Damit sind z.B. folgende Fragen verknüpft: Darf an und mit embryonalen Stammzellen geforscht werden? Darf ein Embryo vor der Übertragung in die Gebärmutter auf Gendefekte hin untersucht werden und die „überschüssigen“ Embryonen verworfen werden?

[4] Als Beispiel kann hierfür die extrakorporale Untersuchung des Embryos (die so genannte Präimplantationsdiagnostik) angeführt werden. Dabei handelt es sich zunächst um eine ärztliche Frage danach, ob diese Untersuchung respektive Behandlung durchgeführt werden soll oder nicht. Viel grundlegender stellt sich dahinter aber die Frage, was sodann mit einem genetisch vorbelasteten Embryo passiert und noch fundamentaler, welchen Status – und, davon deduziert – welche Rechte wir dem menschlichen Embryo überhaupt zukommen lassen.

[5] Wobei fraglich bleibt, ob es sich bei der Beschneidung überhaupt a) um eine bioethische Frage bzw. b) um eine Fragestellung handelt, die vornehmlich entlang moralischer Gesichtspunkte beantwortet werden sollte.

– Öffentlichkeit, Bundesregierung und den Deutschen Bundestag im Bereich der „Life Science“ beraten soll. Der Deutsche Ethikrat selbst legt sein Mandat zunehmend breiter aus (vgl. Ezazi 2012) und thematisiert verstärkt auch explizit nicht-bioethische Fragestellungen: z.B. die Frage nach der gerechten Verteilung von Ressourcen im Gesundheitssystem oder Fragen der Migration (vgl. Deutscher Ethikrat 2013). Die Folgen dieser immer selbstbewussteren und extensiveren Auslegung ethischer Themen und Fragestellungen seitens des Deutschen Ethikrates sind für die Politik noch nicht absehbar, gleichwohl sind sie bedenkenswert. Der medial lancierte Aufruf Stephan Weils, dass über die Endlagerung des Atommülls eine Ethikkommission zu beraten habe, ist weniger aus legitimatorischer Perspektive bedenkenswert, jenes Diktum der „Kommissionitis“ (Kettner 2002: 2) vor Augen. Vielmehr erscheint problematisch, dass ethische Fragen andere Kriterien auszeichnen als politische. Ethische Erwägungen sollten bei der Verabschiedung eines Gesetzes berücksichtigt werden, was nun aber genau eine ethische Reflexion, Betrachtung und Entscheidung ausmacht, darüber scheint es schon im Bereich der Moralphilosophie respektive Angewandten Ethik einen Dissens zu geben. Verteilungsfragen – wie die angesprochene Verteilung von Ressourcen und Gütern im Gesundheitssystem – beinhalten immer auch ethische Fragen, also Fragen der praktischen Moral. Sie gleichwohl a priori mit dem Etikett der „Ethik“ zu versehen, bewirkt eine Form der „Sakralisierung“ solcher Fragen, enthebt diese dem ‚normalen‘ Gesetzgebungsverfahren.

Geht uns diese Frage nicht alle an, die Frage danach, wie wir handeln sollen? Gewiss beinhaltet diese Frage implizite und explizite moralische Problemlagen, nichtsdestotrotz raubt sie der Politik ihren eigenen ideologischen Unterbau, der sich ja auch parteipolitisch und fraktionell manifestiert hat und führt zu einer Entschleunigung und Auslagerung des Gesetzgebungsprozesses. Die Folgen einer solchen „Ethisierung“, wie man es zugespitzt formulieren könnte, sind noch nicht absehbar, bedürfen aber einer dezidiert politikwissenschaftlichen Analyse.

Um den Bogen zurück zu Stephan Weil und seiner Forderung nach einer Ethikkommission zu spannen: Natürlich gibt es nicht nur ethische Fragen, die sich ausschließlich auf die Folgen biomedizinischer Innovationen kaprizieren. Davon zeugen eben auch die angesprochenen „Bereichsethiken“ der „ Angewandten Ethik“. Auch eine Medienethik behandelt moralische Fragen. Nichtdestotrotz scheint das Anwendungsgebiet der Medienethik offenkundig ein anderes zu sein, als jenes der Bioethik. Dagmar Fenner zufolge ist die Medienethik eine „Bereichsethik, die sich mit den ethischen Problemen bei der Produktion, Bereitstellung und Rezeption der massenmedial vermittelten Informationen befasst.“ (Fenner 2008: 263). Diese Fragen, ebenso wie Fragen der Korruption in Betrieben oder Unternehmen (Wirtschaftsethik) oder der Zugriff auf und die Verwendung leistungsfördernder Mittel (Sportethik), sind durchaus moralischer Natur. Sie drücken aber vielmehr die Sehnsucht nach einer Art Ethos aus. Ethos bringt eine Gewohnheit zum Ausdruck. Das Ethos fungiert als Orientierungsansatz für das richtige und regelkonforme Handeln. Dieses Ethos kommt beispielsweise im Bereich der medizinischen Ethik zum Tragen: sowohl der „Hippokratische Eid“ als auch das „Genfer Gelöbnis“ sind eine Art des Ethos für den behandelnden Arzt, ein zur Regel gewordenes Gewohnheitsrecht richtigen Handelns.

Politikwissenschaftlicher Ausblick

Der fast alltägliche Ruf nach Ethikkomitees und –Kommissionen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, Unternehmen, Organisationen und politischen Institutionen[6] nimmt fast inflationäre Züge an. Erstaunlich ist, dass oft gar nicht mehr erklärt werden kann, was die Ethik allgemein und diese ethischen Beratungsorgane speziell behandeln und beraten sollen. Fraglich bleibt sodann, warum dieser Ethik-Ruf allerorten und immer öfter ertönt, zumal wenn die zu lösenden Probleme originär politischer, nicht moralischer Natur sind, wie etwa im Fall der geplanten Ethikkommission zur Atommüllendlagerung Es gilt dazumal, vornehmlich aus politikwissenschaftlicher Perspektive, zu untersuchen, wie – vereinfacht ausgedrückt – diese Ethik mit jener Politik interagiert und warum.

1. **Ethische Beratungsorgane: Bestimmen sie was „ethisch" ist?**

Der Deutsche Ethikrat sollte zunächst – wie sein institutioneller Vorläufer, der Nationale Ethikrat – bioethische Themen behandeln („Life Science"). Nunmehr hat sich dessen Fokus verschoben und erweitert. Stellungnahmen zu bioethischen Themen wie der Präimplantationsdiagnostik (2011) oder Intersexualität (2012) sind nur schwer mit solchen zu den „Nutzen und Kosten im Gesundheitswesen" (2012) oder Tagungen zur „Kulturellen Vielfalt als Herausforderung für die medizinische Versorgung" (2010) in Einklang zu bringen. Ein zur Beratung und Aufklärung eingesetztes ethisches Beratungsorgan definiert also, was ein ethisches Thema ist und was nicht.[7] Hinzu tritt, dass einzelne Forderungen publik werden, die anmahnen, dass sich der Deutsche Ethikrat auch mit Arbeitsmarktreformen (z.B. Hartz IV) zu beschäftigen habe (vgl. Holzheid 2012: 79) oder für derlei wirtschaftliche Fragen und Stellungnahmen ein neuer Ethikrat konstituiert werden müsse (vgl. Die Zeit vom 25.04.2013: 60). Die eingesetzten ethischen Beratungsorgane und die dort aktiven Experten, entwickeln also durchaus ein Sensorium dafür, dass noch weitergehende thematische oder institutionelle „Ethik-Schritte" möglich wären.

Zu eruieren ist also, welche Wirkmächtigkeit und Deutungshoheit ethische Beratungsorgane wie der Deutsche Ethikrat über ethische Themen haben. Ferner ist danach zu fragen, was ein wissenschaftliches Politikberatungsmodell von einem ethischen unterscheidet. Der Terminus der

[6] Ein paar Beispiele seien genannt, wie etwa die Ethikkommission des Fußballweltverbandes Fifa, die Ethikkommission (Comissão de Ética Pública) in Brasilien oder die 2011 von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufene „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung".

[7] Zu untersuchen wäre etwa, ob das Ethik-Framing des Ethikrates auch von der (gesetzgebenden) Politik aufgegriffen wird. In der Tat scheint es allerdings so zu sein, dass bei der Behandlung biopolitischer Fragen (Gentechnologie, Reproduktionsmedizin) ein „outside initiation Modell" des Agenda-Settings zu überwiegen scheint, diese Probleme also von einer medialen Öffentlichkeit und bestimmten Wissenschafts- und Forschungsorganisationen an die Politik herangetragen werden.

„ethischen Politikberatung“ macht zwar die „akademische Runde“, bleibt jedoch undefiniert.[8] Abschließend muss die Politikwissenschaft auch danach fragen, welche Fragen ethische Politikberatungsmodelle aufwerfen, welche vergleichbare Institutionen nicht aufzugreifen vermögen und inwieweit sie von der Politik überhaupt aufgegriffen werden.[9]

2. Ethik als Instrument der Politik?

Die Institutionalisierung ethischer Fragen ist eine, wenngleich wohl DIE prominenteste und relevanteste Ausdrucksform der Ethik im Bereich der Politik. Der Rekurs auf die Ethik – noch genauer – auf Ethikkommissionen und –Komitees, tritt hier als Entschleunigung des Gesetzgebungsprozesses in Erscheinung. Bioethische Debatten werden aufgrund der dort zu Tage tretenden Debattenkultur gerne als „Sternstunde(n) des Parlaments“ (Das Parlament 2010) gerühmt. Erkennbar ist, dass gerade im Kontext des Bundestages bioethische Fragen als Gewissensfragen firmieren und somit dem freien Mandat eine Stärkung widerfährt. Bestehende Arbeitsabläufe bleiben zwar an die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages gebunden, freie Gruppenanträge oder interfraktionelle Absprachen finden aber in bioethischen Fragen, wie der Präimplantationsdiagnostik oder Neu-Regelung der Organspende, weit eher ihre Anwendung als in anderen Politikbereichen bzw. –Feldern (mehr zum Parlamentsrecht bei Marschall 2005: 109 ff.). Diese Sternstunden kaprizieren sich offenkundig auf Fragen aus dem Bereich der Bioethik.

Zu fragen bleibt also, inwieweit zum Beispiel die Institutionalisierung der Ethik in Form von Beratungsorganen, wiederum das Ethik-Bild der Politik prägt. Wie reagiert der wohl einflussreichste Akteur im Bereich der Bioethik, der Deutsche Bundestag darauf? Zu untersuchen ist, ob der Bundestag bzw. die Abgeordneten ein Interesse an der Extension ethischer Themen unterstellt werden kann und wie sich dies in praxi zeigt.

Zu unterscheiden wäre an dieser Stelle auch zwischen Legislative (Bundestag/Bundesrat) und Exekutive (Bundesregierung). Beispiele wie die von Stephan Weil eingeforderte nationale Ethikkommission oder jene von Angela Merkel berufene zur „sicheren Energieversorgung“, ebenso wie die lebhaft geführte Debatte um den von Gerhard Schröder eingesetzten Nationalen Ethikrat, zeigen, dass Bundesregierungen ethische Fragen gerne institutionell auslagern.[10] Ethik gehört dieser Lesart zufolge in den Kreis von Experten (womit keinesfalls nur Moralphilosophen

[8] Ist damit eine ethische, wertend formuliert: gute, Politikberatung gemeint oder Politikberatung zu Fragen ethischer Herkunft?

[9] Hierbei spielen wohl auch Aspekte konstruktivistischer Ansätze, wie des politischen Lernens, eine nicht unerhebliche Rolle (vgl. Schneider/Janning 2006).

[10] Noch stärker ist diese Tendenz in Österreich zu beobachten. Hier fungieren Ethikkommissionen nur als Argumentationsgrundlage für ein bestimmtes politisches Handeln. Die politische Argumentation wird dabei strikt entlang der Stellungnahmen von Ethikgremien geführt, diese werden gleichwohl durchaus selektiv und den eigenen Nützlichkeitserwägungen folgend, ausgelegt und interpretiert (mehr hierzu bei Zotti 2012).

oder „Angewandte Ethiker“ gemeint wären), vergleichbar mit Fragen der Technikfolgeabschätzung.

Fazit

Ethik, zumal aus „angewandter“ Perspektive, ist kein Selbstzweck, sondern wirft Fragen auf, die es auch im politischen Entscheidungsprozess zu beachten gilt. Ethik meint aber nicht zwangsläufig, dass alles was unter diesem Begriff zu rubrizieren versucht wird, per se die Frage nach dem „Richtigen“ und „Falschen“ zu beantworten vermag. Ethik fungiert als Moral-Kompass, der zu Reflexion einlädt und der Orientierung dient (mehr hierzu bei Pieper 2007: 115 f.). In dieser Metapher kommt gleichwohl auch zum Ausdruck, dass es sich bei ethischen Reflexionen nicht um Handlungsprärogative für die Politik handeln kann.

Es gibt und gäbe genügend Fragen, wie sich die Politikwissenschaft (und dieser Appell richtet sich keineswegs exklusiv an die Politische Theorie) mit der Ethik beschäftigen könnte. Einige Forschungsperspektiven sollten an dieser Stelle kursorisch aufgeführt werden.

Literatur

Bieber, Christoph (2013): Ethik und Politikmanagement. Ein neuer Gegenstand der Regierungsforschung, in: Korte, Karl-Rudolf/Grunden, Timo (Hg.): Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden. S. 103-112. (i.E.).

Bieber, Christoph (2012): Ethischer Organstreit? Der schwierige Weg von der Klimaethik zur Klimapolitik, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft. Nr. 2/2012, S. 255-262.

Böcher, Michael (2007): Wissenschaftliche Politikberatung und politischer Prozess, in: Krott, Max/Suda, Michael (Hrsg.): Macht Wissenschaft Politik? Erfahrungen wissenschaftlicher Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 14-42.

BMU (2013): Entwurf eines Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (Standortauswahlgesetz – StandAG), abrufbar unter: http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Atomenergie-Strahlenschutz/gesetzesentwurf_standortauswahlg_24.04.2013_kabinett_bf.pdf **(29.04.2013).**

Das Parlament (2010): „Noch nicht fertig". Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Rene Röspel (SPD), in: Das Parlament, Nr. 45, 08.11.2010, Berlin, abrufbar unter: http://www.das-parlament.de/2010/45/MenschenMeinungen/32123618.html (05.10.2012).

Deutscher Ethikrat (2013): Themen, abrufbar unter: http://www.ethikrat.org/themen (30.04.2013).

Die Zeit (2013): Der große Götze Geld. Ein Gespräch mit dem Theologen Wolfgang Huber, in: Die Zeit, Nr. 18, 25.04.2013, S. 60.

Düwell, Marcus (2008): Bioethik. Methoden, Theorien und Bereiche, Stuttgart u.a: Metzler.

Ezazi, Gordian (2012): Trends der ethischen Politikberatung. Wie der Ethikrat Politik macht – illustriert am Beispiel der Beschneidungsfrage. Erschienen in: Regierungsforschung.de, Politikmanagement und Politikberatung. Online verfügbar unter: http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=171

Fenner, Dagmar (2010): Einführung in die Angewandte Ethik, Tübingen: Francke.

Holzheid, Hildegrund (2012): Bringen Ethikkommissionen und –räte mehr Ethik in die Politik? Eine Analyse am Beispiel des Deutschen Ethikrates, in: Weilert, Katarina A./Hildmann, Philipp W. (2012): Ethische Politikberatung, Baden-Baden: Nomos Verlagsanstalt, S. 69-76.

Kettner, Matthias (2002): Überlegungen zu einer integrierten Theorie von Ethik-Kommissionen und Ethik-Komitees, in: Honnefelder, Ludger/Streffer, Christian (Hrsg.): Jahrbuch für Wissenschaft und Ethik, Band 7, Berlin/New York: de Gruyter, S. 53-71.

Klingemann, Hans-Dieter/**Volkens**, Andrea (2001): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998. In: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. Aufl. Bonn. S. 507-52.

Krippner, Bernd/**Pollmann**, Arnd (2004): Bioethik-Kommissionen in Deutschland – Ein Überblick, in: MenschenRechtsMagazin 9: 3, S. 239 – 254, online abrufbar: http://www.a-pollmann.de/Texte/Ethikkommissionen.pdf (30.04.2013).

Marschall, Stephan (2005): Parlamentarismus. Eine Einführung, 1. Aufl., Baden-Baden: Nomos.

Pieper, Annemarie (1994): Einführung in die Ethik, 3. Auflage, Tübingen: UTB Francke.

Ruf, Reiner (2013): Opposition zeigt Kretschmann die kalte Schulter, abrufbar unter: http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtags-debatte-ueber-atommuell-opposition-zeigt-kretschmann-die-kalte-schulter.40fc6e02-677c-4816-b473-8fd0b332045a.html (29.04.2013).

Schneider, Volker/**Janning**, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Sueddeutsche.de (2013): Lebhaftes Unentschieden zwischen Weil und McAllister. Liveticker des TV-Duells, abrufbar unter: http://www.sueddeutsche.de/politik/tv-duell-vor-niedersachsen-wahl-lebhaftes-unentschieden-zwischen-mcallister-und-weil-1.1570258 (29.04.2103).

Treibel, Jan (2010): Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswal 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 89-116.

Weil, Stephan (2013): Kein Atommüll nach Gorleben!, in: Bild am Sonntag, 10.02.2013, abrufbar unter: http://www.bild.de/news/standards/bild-kommentar/stephan-weil-fordert-andere-politik-fuer-endlager-28461466.bild.html (29.04.2013).

Zotti, Stefan (2012): „Die Beratung des Bundeskanzlers in allen gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen und rechtlichen Fragen aus ethischer Sicht." Die österreichische Bioethikkommission und ihr Beitrag zur ethischen Diskussion, in: Katarina A./Hildmann, Philipp W.: Ethische Politikberatung, Baden-Baden: Nomos Verlagsanstalt, S. 77-90.